

JÖRG ROESLER

Zwei Währungsreformen im besetzten Deutschland

Konzepte und Korrekturen

Die Notwendigkeit einer Währungsreform in Nachkriegsdeutschland

»Nur selten kam eine Überraschung so wenig überraschend wie diese Geldreform«, kommentierten Währungsexperten am 19. Juni 1948 die am Abend zuvor bekannt gegebene Währungsreform für die amerikanische, britische und die französische Besatzungszone. »Seit mehr als drei Jahren war sie überfällig.«

In der Tat, alle finanzpolitischen Daten sprachen dafür. Die Geldmenge in Deutschland war von 1939 bis Ende 1945 auf das Siebenfache gesteigert worden, vor allem um die Militärausgaben aufzubringen, die sich auf 510 Milliarden Reichsmark (RM) beliefen. Nach Kriegsende stand dieser durch die »geräuschlose Kriegsfinanzierung« entstandenen potentiellen Kaufkraft infolge der Kriegseinwirkungen und Kriegsfolgen kein personelles und sachliches Produktionspotential mehr gegenüber, das ausgereicht hätte, die Güternachfrage zu befriedigen. Die Diskrepanz zwischen der aufgeblähten Geldmenge und der zur Verfügung stehenden Warenmenge beförderte Schwarzmarktgeschäfte zu Preisen, die in der Regel um ein Vielfaches höher lagen als die offiziell beim Abkauf der Lebensmittelkarten zu entrichtenden Summen. Die Preisdifferenzen waren so enorm, dass bald jedermann die Notwendigkeit eines kräftigen Währungsschnitts einsah. Als im Mai 1948 die britische Militärregierung die Meinung der Berliner zur Währungsreform in Deutschland ermitteln ließ, antworteten auf die Frage, ob ein Geldschnitt tatsächlich notwendig sei, eine überwältigende Mehrheit von 81 Prozent mit »Ja«. Die Antwort dürfte repräsentativ für ganz Deutschland gewesen sein. Auch hinsichtlich des Umfangs des Währungsschnitts waren sich zumindest die Experten der Alliierten und der Deutschen in allen Besatzungszonen einig; 10 : 1.

Entsprechend des Potsdamer Abkommens hätte diese Währungsreform gemäß dem dort erzielten Übereinkommen, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten und zu behandeln, für alle vier Besatzungszonen gemeinsam erfolgen müssen. Eine derartige Geldreform wäre angesichts der noch keineswegs ausdifferenzierten Wirtschaftssysteme – in der Ostzone wie in den Westzonen war das Wirtschaftsleben durch ein engmaschiges Bewirtschaftungssystem geprägt und Enteignungen der Banken und der Großindustrie waren in beiden Teilen Deutschlands zumindest geplant – theoretisch möglich gewesen. Dem stand entgegen, dass beide in Deutschland tonangebenden Mächte – die USA auf der einen und die Sowjetunion

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Der Autor stützt sich zum Teil auf sein 2008 im Karl Dietz Verlag erschienenenes Buch »Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre ›Argumente‹ produzieren.« Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der »historische Lohn«, Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen, Heft 210 (Januar 2008).

auf der anderen Seite – mit dem Geldumtausch mehr beabsichtigten als die Gesundung der deutschen Währung herbeizuführen. Sie wollten mit der Währungsreform im von ihnen dominierten Teil Deutschlands die Durchsetzung des von ihnen favorisierten Wirtschaftssystems – Marktwirtschaft im Westen, Planwirtschaft im Osten – vorantreiben. Die US-Amerikaner gerieten dabei als Erste in Zugzwang: Anfang April hatte Präsident Truman den Marshallplan bestätigt, mit dem, wie der US-amerikanische Deutschlandshistoriker Charles S. Maier schreibt, die »Entwicklung eines stramm antikommunistischen Westeuropas gefordert wurde«. Im März 1948 waren auch die deutschen Westzonen in den Marshallplan einbezogen worden.

Dennoch wäre eine Zusammenarbeit der US-Amerikaner mit den Sowjets auch bei der Durchführung getrennter Währungsreformen noch möglich gewesen. Denn finanztechnisch gesehen war die Ausgangslage in Ost- und Westdeutschland – der gewaltige Geldüberhang – sehr ähnlich. Noch am 19. Juni, als alle die Antwort Marschall Sokolowskis, des Chefs der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland, auf die Bekanntmachung Clays und seiner Amtskollegen in der britischen und französischen Zone zum Geldumtausch erwarteten, wurde in Berlin über den »günstigsten Fall« einer Währungsreform für die Stadt spekuliert: »Die Russen führen in ihrer Zone eine solche Währungsreform durch, die wirtschaftlich und (finanz)technisch der westdeutschen so ähnlich ist, dass es im Grund doch nur eine Währung in Deutschland gibt.« Bestärkt wurde diese Auffassung noch als Informationen durchsickerten, in der SBZ sollte der Geldumlauf von 20 Milliarden DM auf 2,8 Milliarden DM zusammengeschnitten werden. Damit wäre eine weitgehende Übereinstimmung mit der Währungsreform im Westen erzielt. Doch zu einer zeitlichen Koordinierung beider Währungsreformen kam es nicht mehr.

Die Währungsformen in den Westzonen, der sowjetischen Zone und in Berlin

Als die im Kontrollratsgebäude versammelten Mitglieder des Alliierten Finanzdirektoriums am Abend des 22. Juni 1948 ohne Ergebnis auseinander gingen, war offensichtlich, dass die Währungsreformen nicht einmal in Berlin zeitlich synchron ablaufen würden. Ab 24. Juni wurde in Ostberlin und ab 25. Juni in Westberlin die Reichsmark umgetauscht. Gegen den zu erwartenden Strom alter Reichsmarkscheine aus dem Westen, deren Besitzer die Umtauschstellen dort gescheut hatten, machte die SMAD die Grenze zur sowjetischen Zone dicht (»Blockade«). In Westberlin mussten am 24. und 26. Juni die Banken und die meisten Läden geschlossen bleiben, um das Einströmen von alten Reichsmark aus dem Osten abzuwehren. Jene Besucher aus der Sowjetzone im Westen, die tagelang an der Grenze festlagen ohne gültiges Geld zu besitzen und jene Berliner, die im Westen wohnten und im Osten arbeiteten erfuhren die erste große Eskalation des Kalten Krieges auf deutschem Boden unmittelbar am eigenen Leibe.

Für die Zukunft bedeutsamer aber waren für die Trennung der Deutschen voneinander die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland in den Umtauschbedingungen.

»Verlierer waren auf den ersten Blick alle, deren Rücklagen sich auf Bank- und Sparkassenkonten befanden. Die Spareinlagen reduzierten sich von 73,7 Milliarden RM auf 3,7 Milliarden DM. Sofern es sich um die einzige Form von Anlagen handelte, verloren deren Besitzer fast alles Vermögen. Unter den Betroffenen befanden sich vielfach Arbeiter und Angestellte, darunter auch Kleinverdiener. Sie hatten seit Beginn des Zweiten Weltkrieges ihr Geld, u. a. als Folge der Konsumeinschränkungen, in die öffentlichen Sparkassen getragen. Binnen weniger Jahre stieg die Sparsumme der Deutschen damals auf mehr als das Dreifache. In den öffentlichen Sparkassen hatten sich die Einlagen allein im Jahre 1942 um 15,1 Milliarden auf insgesamt 51,2 Milliarden RM erhöht. »Eisern gespart« wurde mit Blick auf die Zeit nach dem »Endsieg«. Viele Arbeiter und Angestellte versuchten so, ausreichend Geld zurückzulegen, um sich nach dem Krieg verschiedene Lebensträume erfüllen zu können. Die Währungsreform machte derartige Träume zunichte, sofern sie überhaupt die ersten Nachkriegsjahre überlebt hatten. Fast die Hälfte der vor der Währungsreform bestehenden Sparkonten erloschen durch die Umstellung. Ein großer Teil der einfachen Leute verfügte seit der Währungsreform über keinerlei Ersparnisse mehr. Besonders hart betroffen waren Flüchtlinge.« Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik, Berlin 2008, S. 26/27.

In den Westzonen wurden alle Bank- und Sparguthaben 10 : 0,65 umgestellt, das heißt wer bis dahin 100 Reichsmark auf seinem Konto gehabt hatte, erhielt dafür nur ganze 6,50 DM, der Verlust belief sich auf etwa 94 Prozent der Ersparnisse. Von dem Umstellungsverhältnis waren in den Westzonen (wie in der SBZ) solche regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Löhne, Gehälter, Mieten Pachteinnahmen, die Sozialversicherungsrenten der Arbeiter und Angestellten und Beamtenpensionen ausgenommen. Diese wurden 1 : 1 ausgezahlt.

So wenig sich an den Umtauschbedingungen in den Westzonen irgendeine Ungleichbehandlung von Personengruppen erkennen ließ, so unterschiedlich betroffen von der Währungsreform waren doch die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Auf den ersten Blick waren für ein paar Tage, vom Empfang des Kopfgeldes von 40 DM am 20. Juni an gerechnet, alle Westdeutschen – bezogen auf ihre Kaufkraft – gleichgestellt. Danach ließen sich rasch Gewinner und Verlierer ausmachen. Gewinner waren in jedem Fall die Sachwertbesitzer, ob sie nun Fabriken, Häuser, Grundstücke oder Waren besaßen. Ihnen blieb ihr Wohlstand weitgehend uneinträchtigt erhalten. Auch das Umstellungsverhältnis der Aktienwerte lag für die Mehrzahl der Gesellschaften bei 1 : 1. Insgesamt ergab sich bei der Neufestsetzung des Aktienkapitals eine Umstellung von 10 : 8,2. Während die Mehrheit der Bevölkerung 94 Prozent ihres Geldvermögens verlor, belief sich der Verlust für die Aktionäre lediglich auf 18 Prozent. So begünstigt wurde nur eine Minderheit über Vermögen Verfügender, denn bei der überwiegenden Mehrheit der Westdeutschen war der Sachwert- beziehungsweise Aktienbesitz außerordentlich bescheiden. Diese Mehrheit, in der Regel Arbeiter und Angestellte, wurde somit zum Verlierer der Währungsreform. Die dadurch geschaffene soziale Schieflage vor Augen schrieb bereits einige Tage nach Bekanntgabe des Geldumtauschs für die Westzonen Willy Brandt im *Sozialdemokrat*: »Wir denken gar nicht daran, uns für die westliche Währungsreform zu begeistern. (...) Niemand kann erwarten, daß wir ›ja‹ sagen zu allen Einzelheiten der Prozedur, die man im Westen eingeleitet hat. Wir wissen gut genug, daß der Marshall-Plan nicht aus Nächstenliebe geboren wurde. Wir kennen unsere besitzbürgerlichen Pappenheimer und wissen, daß sie alles tun werden, um die Lasten der Sanierung auf die Schultern der breiten arbeitenden Schichten, der Rentner und Kleinsparer abzuwälzen.«

Die wirtschaftliche Sanierung wurde vor allem mit Hilfe des an die Währungsreform gekoppelten »Leitsatzgesetzes« realisiert. Das von Ludwig Erhard, dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, einer Art Wirtschaftsregierung der britischen und amerikanischen Bi-Zone initiierte und durchgepeitschte Gesetz beinhaltete eine weitgehende Freigabe der Preise für Gebrauchsgüter, die zu Preiserhöhungen für alle nicht auf Lebensmittelkarten erhältlichen Waren führte und angesichts eines (bis Anfang November) weiter geltenden Lohnstopps den Unternehmern satte Profite sicherte. Bald erfüllte sich auch eine weitere Voraussage Brandts, der mit Blick auf die Unternehmer prophezeit hatte: »Sie werden auch nicht umfassende Entlassungen scheuen.«

Ebenso wie die westdeutsche hatte die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone ihre ordnungspolitischen – in diesem Fall auf die Stärkung der planwirtschaftlichen Elemente zielenden – Einseitigkeiten. Heinrich Rau, der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), deren Verordnung über die Neuordnung der Währung zusammen mit dem diesbezüglichen Befehl 111 von Marschall Solokowski erschien, nahm kein Blatt vor den Mund: »Die staatlichen und kommunalen Haushalte, die volkseigenen Betriebe, die demokratischen Parteien und die freien Gewerkschaften sollen beim Umtausch bevorzugt behandelt werden.« Während die kommunalen und volkseigenen Betriebe ebenso wie die verstaatlichten Banken ihre Geldbeträge 1 : 1 umgetauscht bekamen, erhielten private Unternehmen den gleichen Satz nur bis zur Höhe eines wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände. Ansonsten galt der Umtauschsatz 10 : 1.

Weil beide Währungsreformen, die jeweils angestrebte zukünftige – kapitalistische beziehungsweise sozialistische – Wirtschaftsstruktur begünstigten, wiesen die Reformen unter sozialem Aspekt deutliche Unterschiede auf. Rau hatte die populäre Forderung, »die Kriegsgewinne auszuschalten und die Nachkriegersparnisse des kleinen Mannes zu erhalten« am Vorabend des Geldumtauschs im Osten zum eigentlichen Zweck der Währungsreform in der Ostzone erklärt. Das war kein Lippenbekenntnis, sondern eine programmatische Aussage. Von einer bedingungslos ausgezahlten Kopfquote von 70 Mark abgesehen wurden Barbeträge bis zu 100 RM im Regelfall 1 : 1 in DM Ost umgetauscht, Sparbeträge bis 1 000 RM im Verhältnis 5 : 1. Darüber hinaus und für die bis zum Kriegsende eingezahlten Beträge galt der Umtauschsatz 10 : 1. Bei Umtauschsummen über 3 000 DM Ost wurde zunächst der rechtmäßige Erwerb überprüft, das heißt untersucht, ob diesem Geldvermögen Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne zugrunde lagen. Unter dem Strich ergab sich für den Osten eine Umwertung des Geldumlaufs von 7,5 : 1, für die Westzonen einer von 10,9 : 1.

In der deutschen Wirtschaftsgeschichte der Nachwendezeit gilt die Nähe zur Expertenschätzung 10 : 1 für den notwendig gewordenen Währungsschnitt in der Nachkriegszeit als Kriterium dafür, ob die jeweilige Währungsreform »radikal« beziehungsweise »konsequent« (Steiner) war wie die westdeutsche, oder »wenig professionell« wie die ostdeutsche (Zschaler). Einmal abgesehen davon, dass hier die Währungsreformen unter rein finanztechnischen Kriterien beurteilt werden, obwohl es sich – sowohl die westdeutsche, mit dem »Leitsatzgesetz« gekoppelt, als »Doppelreform« (Prollius) wie auch die ostdeutsche mit ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Umtauschkursstaffelung – um komplexe wirtschaftspolitische Umstrukturierungsmaßnahmen handelte, blendet eine derartige Beurteilung aus, dass beide Währungsreformen ihre Defizite hatten, die bereits wenige Monate später zu deutlichen wirtschaftspolitischen Korrekturen zwangen.

Korrekturen der politischen und sozialen Auswirkungen der westdeutschen Währungsreform im Herbst 1948

Die unmittelbaren Folgen der Währungsreform, so sehr sie auch die Kleinsparer und diejenigen benachteiligte, die allein von Lohn- und Gehaltszahlungen zu leben hatten, wären noch eher zu ertragen ge-

»Nach der von den drei westlichen Militärregierung verordneten Währungsreform führte auch die SMAD eine Währungsreform durch, die am 24. Juni 1948 in Kraft trat. ... Anders als in den Westzonen war der freie Handel mit Grundbesitz und Produktionsstätten in der SBZ nicht erlaubt. Einen Lastenausgleich gab es nicht. Während der westdeutsche Währungsreform wettbewerblichen Prinzipien zum Durchbruch verhalf, baute in der SBZ die Währungsreform die Wirtschaftsordnung weiter in Richtung staatliche Planwirtschaft aus: Rationierung, Zwangsbewirtschaftung und Preiskontrollen blieben bestehen. Beide Währungsreformen vollendeten die wirtschaftliche Teilung Deutschlands, bevor sie durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik politisch besiegelt wurde.«

Siegfried Kupper, in: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000, Berlin, S. 688/689.

wesen, wenn das Preisniveau stabil geblieben wäre, wie es der »konsequente Währungsschnitt« eigentlich hätte erwarten lassen. Wirtschaftsdirektor Erhard hatte tatsächlich in seiner Ansprache am Vorabend der Währungsreform und der Aufhebung der Bewirtschaft erklärt, dass die Tendenz zur Preissenkung überwiegen würde. Stattdessen stiegen die Preise für die Mehrzahl der Verbrauchsgüter rasch an. Währungsexperten sprachen von einer »Preis Anpassungs-inflation«. Von Juni bis Dezember 1948 verzeichnete der amtliche Preisindex bei Nahrungsmitteln eine Zunahme um insgesamt 20 Prozent und für Bekleidung um rund ein Drittel. Gleichzeitig blieb es – erst einmal aufgrund des Lohnstopps – bei einem Monatslohn von durchschnittlich 140 Mark. Für den größten Teil der Bevölkerung war mit der Preisfreigabe die bis dahin fast flächendeckende Rationierung in Form von Warenzuteilung durch eine »Rationierung durch den Preis« ersetzt worden, wie die Wirtschaftshistorikerin Irmgard Zündorf es treffend formulierte.

Bald trat eine Lage ein, die der Sozialhistoriker Gerhard Beier rückblickend so beurteilt hat: »Die horrenden Preissteigerungen nach der Währungsreform und der andauernde Lohnstopp hatten im Spätsommer 1948 zu wachsenden sozialen Spannungen mit klassenkämpferischen Akzenten geführt.« Der Unmut der Bevölkerung entbrannte zunächst gegen die unmittelbaren Repräsentanten der Teuerungswelle. In vielen Städten der Westzonen flogen Tomaten gegen die Händler und marschierten Hausfrauen protestierend durch die Straßen.

Schließlich sahen sich auch die Gewerkschaften, die anfangs nur zu einem – in der Praxis kaum zu realisierenden – Käuferstreik geraten hatten, gezwungen, sich an die Spitze der Teuerungsproteste zu stellen. Auf einer derartigen Protestkundgebung am 28. Oktober 1948 in Stuttgart waren Losungen zu sehen wie »Herunter mit den Preisen!« oder »Fort mit Professor Erhard!«. Auch trugen Demonstranten einen Galgen, unter dem eine Schlinge baumelte, an der ein Schild befestigt war: »Weg mit dem Preiswucher – oder ...!«. Im Anschluss an die Kundgebung ging ein Teil der Demonstranten gewalttätig gegen Auslagen in der Hauptgeschäftsstraße Stuttgarts vor. Zunächst wurden Polizeikräfte eingesetzt. Die Protestanten wehrten sich mit Stöcken und Steinen aus Hauseingängen heraus und von den Dächern. General Clay ließ schließlich Panzer einsetzen, um spät am Abend der Lage Herr zu werden.

Im Unterschied zu den »Stuttgarter Vorfällen« verlief der eintägige Generalstreik der Gewerkschaften in der Bizone – in der Französischen Besatzungszone war der Streik verboten worden – am 12. November 1948, der gegen die Teuerung und für mehr gewerkschaftliche Mitbestimmung unternommen wurde, ohne derartige Zwischenfälle, war aber ungeachtet dessen mit neun Millionen Teilnehmern ein außerordentlich eindrucksvoller Beweis für den Kampfeswillen der westdeutschen Lohnempfänger.

Erhard überlebte den »heißen Herbst 1948« zwar politisch. Amerikanischer Druck – Clay wusste, dass er nicht wiederholt Panzer gegen Demonstranten hätte einsetzen können – dürfte aber einiges von den Kompromissen bewirkt haben, die Erhard nach den »Stuttgarter Vorfällen« und dem Generalstreik in der Bizone bereit war

einzuweisen. Da »der Markt« erst einmal nicht in der Lage war, für »anständige« Verbraucherpreise zu sorgen und Kartenrationen – soweit beibehalten – sich nur auf einige Lebensmittel bezogen, musste »der Plan« es richten.

Das wichtigste der im Spätherbst 1948 eingeführten »Planungselemente« war das »Jedermann-Programm«. Der Grundgedanke des angedachten Produktionsplanes bestand darin, dass der Staat denjenigen Firmen Rohstoffe zuwies, die »ein nach Art und Qualität genau umschriebenes, als Jedermannsware zu kennzeichnendes Erzeugnis am billigsten und schnellsten auf den Markt« brachten. Auf diese Weise konnten qualitativ hochwertige und doch zu vorgegebenen Preislimiten von jedermann erwerbbarer Verbrauchsgüter angeboten werden.

Das Jedermann-Programm hatte ausgesprochen sozialen Charakter. Es schuf ein von den Wirkungen des Marktes geschütztes Warenssegment. Die Güter würden vor allem an minderbemittelte Käuferschichten gehen, die Verlierer von Währungsreform, Lohnstopp und Preisauftrieb.

Im Dezember 1948 verkündete der Erhard, immer noch von Misstrauensvoten der Bevölkerung verfolgt, als Antwort auf Forderungen der Gewerkschaften nach Verlängerung des für alle bezahlbaren Warenangebots, dass das Jedermann-Programm auf 70 bis 80 Prozent der gesamten Textilproduktion ausgedehnt werden solle. Im letzten Monat des Jahres wurden bei Schuhen bereits 60 Prozent des Angebots über das Programm produziert und verkauft. Das Programm wurde bis Anfang der 1950er Jahre, solange wie die aus der westdeutschen Währungsreform resultierenden beträchtlichen sozialen Verwerfungen andauerten, obwohl ordnungspolitisch ein Fremdkörper, doch zum Bestandteil der »sozialen Marktwirtschaft« in der frühen BRD.

Korrekturen der finanztechnischen und sozialen Auswirkungen der ostdeutschen Währungsreform im Herbst 1948

Über die Währungsumstellung in der sowjetischen Zone hieß es im Westberliner *Telegraf* Ende Juni 1948: »Die Währungsreform der Ostzone umkleidet sich mit einem angeblich besonderen sozialen Mäntelchen, aber in Wirklichkeit wird hier viel zu großzügig – um nicht zu sagen leichtfertig – vorgegangen. Der Kreis der Privilegierten ist zu groß, deren Barmittel und Konten nicht zusammengestrichen, sondern im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden. Auch bei der Behandlung der kleinen Sparer verfährt man scheinbar ziemlich großzügig.« Tatsächlich aber würde sie Schaden erleiden, denn man könne die Ostwährung »nur als eine neue Inflationswährung ansprechen«, als – wie dem Leser immer wieder suggeriert wurde – »Tapeutenmark«.

Der Tonfall dieser Einschätzung war offensichtlich von dem Gedanken geprägt, dem westlichen Leser die soziale Ungerechtigkeit der westdeutschen Währungsreform, die auch für die drei Westsektoren übernommen worden war, erträglich erscheinen zu lassen. Man fürchtete diesbezügliche Vorwürfe der über die ostdeutsche Währungsreform gut informierten Westberliner und war darüber hinaus sogar zu einigen kleineren, aber unmittelbar wirksamen Zu-

»Das Jedermann-Programm war keine Idee Erhards – konnte es eigentlich auch gar nicht sein, denn eine »gelenkte Serienproduktion von Gütern des täglichen Bedarfs« widersprach seinem marktwirtschaftlichen Konzept. Anleihen für das westdeutsche Jedermann-Programm waren beim britischen Utility-Programm gemacht worden, mit dessen Hilfe dort seit 1941 standardisierte und preiswerte Bedarfsgüter zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung, besonders derjenigen mit geringem Einkommen, angeboten wurden. Das Utility-Programm war ein Kind der auf der keynesianischen Lehre beruhenden britischen Wirtschaftspolitik, in der die staatliche Lenkung der Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielte. Erhards ordoliberalen Vorstellungen von freier Marktwirtschaft, die über höhere Profite für die Unternehmen letztlich zum »Wohlstand für alle« führen sollten, standen den keynesianischen Vorstellungen in vieler Hinsicht entgegen.« Jörg Roesler, a. a. O., Berlin 2008, S. 74/75.

geständnissen ihnen gegenüber bereit: In Westdeutschland wurde die erste Kopftauschsumme auf 40 DM begrenzt, der eine zweite von 20 DM folgte. In Westberlin wurden sofort 70 DM umgetauscht, genau so wie im sowjetisch besetzten Gebiet: In den drei Westzonen wurde die Kopfquote auf die Umtauschsumme angerechnet, in Westberlin nicht – genau wie im sowjetischen Sektor.

Im Kern aber hatte der *Telegraf* schon recht: Die die Kleinsparer und ordnungspolitisch gesehen staatliche Betriebe und Institutionen bevorzugende ostdeutsche Währungsreform hatte den Geldüberhang in der SBZ nicht vollständig beseitigen können. Sichtbarstes Ergebnis dessen war das Weiterbestehen des Schwarzmarktes, einer Institution der Nachkriegswirtschaft, die im Westen nach der Währungsreform relativ schnell verschwunden war. Der durch Lebensmittelkarten und Bezugscheine immer noch limitierte Zugang zu Konsumgütern und die einzig weiterhin bestehende Möglichkeit, sich zusätzliche Verbrauchsgüter über den Schwarzen Markt zu beschaffen, erweckten bei der ostdeutschen Bevölkerung den Eindruck, mit der Währungsreform habe sich bei ihnen kaum etwas geändert, gehe die durch Notstandsregelungen gekennzeichnete Nachkriegszeit weiter. Ein Blick in die vollen Läden in Westberlin beziehungsweise in westdeutschen Grenzstädten zeigte den Ostdeutschen zugleich, dass es auch anders ging, da man im anderen Teil Deutschlands Waren unbegrenzt kaufen konnte. Zwar druckten die ostdeutschen Zeitungen Nachrichten über die Protestaktionen gegen Teuerung in den Westzonen gern nach und wiesen immer wieder darauf hin, dass im Westen Deutschlands viele, gerade werktätige Menschen, sich die auf dem freien Markt angebotenen Güter überhaupt nicht kaufen könnten, aber der Eindruck, dass »drüben« wieder »normale« – das heißt Vorkriegsverhältnisse – eingetreten waren und im Osten nicht, der blieb.

In dieser Situation wurde es politisch wichtig, auch im Osten »freie Läden« zu haben, wo man unbeschränkt, das heißt nur begrenzt durch den Umfang des eigenen Geldbeutels, Waren über die durch Karten abgesicherte Grundversorgung hinaus kaufen kann. Finanztechnisch war ein solcher Schritt ebenfalls unumgänglich, um zu erreichen, dass die Beträge des Kaufkraftüberhangs, das überschüssige Geld also, in staatlich kontrollierte Kanäle und nicht auf den unkontrollierbaren Schwarzen Markt floss. Auch auf sozialem Gebiet waren Anreize zu schaffen, damit die durch Leistungssteigerung im Zuge der propagierten Aktivistenbewegung erzielbaren höheren Löhne (insbesondere der über »progressiven Leistungslohn« realisierbare beachtliche Mehrverdienst) auch in mehr Güter umgesetzt werden konnte.

Die Lösung für alle drei durch Einseitigkeiten der ostdeutschen Währungsreform verursachten Probleme hieß »freie Läden« beziehungsweise »freie Restaurants«, der zu diesem Zweck im November 1948 gegründeten staatlichen Handelsorganisation (HO) gehörten. In den Läden konnten die Ostdeutschen endlich Waren in unbeschränkten Mengen, allerdings zu wesentlich höheren als den »Kartenpreisen« kaufen. Die Läden boten den Käufern nicht nur eine besondere Warenfülle, sondern versprachen auch guten Service und eine angenehme Einkaufsatmosphäre: Nach zehnjähriger Pause

werde damit »echter Handel zur Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung wieder begonnen«, hieß es in einem Artikel des Verantwortlichen bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die Schaffung freier Läden, Erich Freund.

Im Vergleich zur hervorgehobenen »Rückkehr zur Normalität der Vorkriegszeit im Handel« wurde von Freund die finanzpolitische Seite der »freien Läden« und »freien Restaurants« nur kurz behandelt. Die Differenz zwischen den Rationierungs- und HO-Preisen bildete eine Art Verbrauchssteuer, die mit dem traditionell üblichen Namen Akzise bezeichnet wurde. »Über sie wurden große Teile des Geldes, das die Verbraucher in den staatlichen Läden ausgaben, in den Haushalt abgeführt«, schreibt die Wirtschaftshistorikerin Jennifer Schevardo.

Die neue Handelsorganisation ließ sich nicht besonders gut einfügen in das seit einem Halbjahrplan im Juli 1948 in der SBZ offiziell angelaufene Zeitalter der Planwirtschaft. Eine Preisbildung »nach Angebot und Nachfrage« hatte Erich Freund im *Neuen Deutschland* Mitte November 1948 angekündigt. Er enthielt sich dabei nicht, auf das Wirken von Marktkräften zu verweisen. »Es wird (...) Aufgabe der Handelsorganisation sein, die Käuferwünsche in den ersten Wochen bereits aufmerksam zu beobachten, damit die Warenlisten für das I. Quartal 1949 unter Berücksichtigung der Käuferwünsche erstellt werden können.« Keineswegs allein dem angestrebten sozialistischen Ideal entsprachen auch die von den Organisatoren der »freien Läden« akzeptierten Auswirkungen der HO auf unterschiedliche Käuferschichten. Zwar hob auch Freund hervor: »Es ist zu erwarten, dass die Arbeitsaktivisten der Ostzone und des Ostsektors von Berlin einen überwiegenden Teil der Käuferschichten darstellen werden.« Jedoch gelte, so betonte er, die Möglichkeit, unbegrenzt Waren in der HO einzukaufen für alle – also auch für die »Besserverdienenden«, das heißt die privaten Handwerker und Gewerbetreibenden sowie die gutverdienenden Angehörigen freier Berufe. Auch die Teilnahme von Schiebern und Spekulanten, »asozialen Elemente« nach Freund, am Einkauf in den freien Läden oder am Speisen in »freien Restaurants«, werde nicht verhindert werden können. Man solle sich damit trösten, dass die HO das beste Mittel im Kampf gegen den Schwarzmarkt sei und damit auch die Existenz der Schieber und Spekulanten bedrohe – einer Prophezeiung, die allerdings erst nach mehreren HO-Preissenkungen Anfang der 1950er Jahre wirklich zutraf.

Schlussbemerkung: Neues Herangehen an die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit erforderlich

Es zeigte sich bereits in den ersten Monaten nach den Währungsreformen im Westen und Osten Deutschlands, dass insbesondere aufgrund der vorgenommenen Verknüpfung der finanztechnischen mit ordnungs- und sozialpolitischen Zielen Korrekturen an der durch die Währungsreformen eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung notwendig wurden. In beiden Fällen zwangen die Folgen der Währungsreformen die Politik ihre einander ordnungspolitisch entgegengesetzten Konzepte bis zu einem gewissen Grade zu korrigieren und bei der Durchsetzung der »reinen Lehre«, sei es der

»freien Marktwirtschaft« beziehungsweise einer sozial gerechten, auf die Förderung der Staatsunternehmen Wert legenden Wirtschaftsplanung, Abstriche zu machen. Wenn man so will, brachten die im Herbst 1948 vorgenommenen Korrekturen an den wirtschaftlichen Folgen der Währungsreformen, die Wirtschaftspolitiken in West und Ost einander wieder näher, in dem die freie Marktwirtschaft planwirtschaftliche Elemente aufnahm und die im Entstehen begriffene Planwirtschaft marktwirtschaftliche Momente gelten ließ. Ursache war in beiden Fällen die Notwendigkeit, auf bestimmte Interessen von durch die Währungsreform benachteiligten Schichten stärker Rücksicht zu nehmen. Bei beiden deutschen Wirtschaften handelte es sich also zunächst einmal um »Mischsysteme«. Erkenntnisse wie diese konnte in den Jahren der durch den Kalten Krieg geprägten Wirtschaftsgeschichtsschreibung über die DDR beziehungsweise die Bundesrepublik nicht zu Tage gefördert werden. Eine diesbezügliche Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte steckt auch heute noch in den Anfängen, ja sie wird durch die zum Teil dominierende Umformung der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik entsprechend neoliberalen Grundsätzen geradezu hintertrieben.

Literatur

- Rolf Badstübner, (Leiter des Autorenkollektivs): Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989.
- Karsten Broosch : Die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR, Herdecke 1998.
- Gernot Gutmann: Die Währungsreform in Ostdeutschland und die Entwicklung des Geld- und Bankwesens in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24/1997, S. 13-19.
- Herbert Krafft: Marktwirtschaft auf dem Prüfstand. 45 Jahre Berliner Wirtschaft, Offenbach 1984.
- Jochen Laufer: Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944-1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45/1998, S. 455-485.
- Katharina Pence: Building Socialist Worker-Consumers: The Paradoxical Construction of the Handelsorganisation HO 1948, in: Peter Hübner, Klaus Tenfelde, Arbeiter in der SBZ/DDR, Essen 1999, S. 497-526.
- Jennifer Schevardo: Von der Kartenwirtschaft zum »Exquisit«: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln/Weimar, Wien 2006, S. 87-127.
- André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Michael W. Wolff: Die Währungsreform in Berlin 1948, Berlin/New York 1991.
- Frank Zschaler: Die vergessene Währungsreform: Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45/1997, S. 191-223.